



DGSP – Zeltinger Straße 9 – 50969 Köln

Mitglieder der Arbeitsgruppe 19
Flucht, Migration, Integration der
Koalitionsverhandlungen Ampel 2021

Bundesgeschäftsstelle:

Zeltinger Strasse 9
50969 Köln
Telefon (0221) 51 10 02
Telefax (0221) 52 99 03
E-Mail: info@dgsp-ev.de
Internet: www.dgsp-ev.de



Mitglied der
World Federation
of Mental Health



Daniela Glagla: 0221-51 10 04
daniela.glagla@dgsp-ev.de

**Aktuelle Asylpolitik macht krank - Lösungen für gesundheitliche Probleme von Geflüchteten
dringend notwendig**

18. November 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Fachausschuss Migration der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie möchte mit diesem Schreiben darauf aufmerksam machen, dass sich für geflüchtete Menschen erhebliche gesundheitliche Probleme als Folge der derzeitigen Asylpolitik ergeben. Vor allem bedarf es **umfassender Bleiberechtsregelungen** für die, die hier seit Langem leben. Deutschland benötigt nicht nur dringend Arbeitskräfte, wie es alle demokratischen Parteien betonen, sondern es hat auch humanitäre Pflichten gegenüber denen, die wir aufgenommen haben. Wir erwarten von den Koalitionären Vorschläge für konstruktive, humane Lösungen.

Zur Situation in den psychosozialen Beratungs- und ambulanten Behandlungsstellen:

Wir erleben tagtäglich Menschen, die in ihrer seelischen Gesundheit massiv gefährdet sind. Hinsichtlich Traumata durch Krieg, Vertreibung und Flucht können unsere Dienste häufig erfolgreich Unterstützung und Therapie anbieten. Die meisten unserer Klient*innen haben ein hohes Maß an Integration erreicht oder bemühen sich mit den ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten darum. Die erreichte psychische Stabilisierung wird jedoch durch die derzeitigen politischen Vorgaben in vielen Fällen konterkariert.

Das lange Warten ohne konkrete Aussicht auf ein Bleiberecht und die mangelnde Zukunftsperspektive führen nicht nur zu Gefühlen von Hoffnungslosigkeit, Ohnmacht und Ausgeliefertsein, sondern auch zu Verzweiflung, psychosozialen Rückzug, Depression und Suizidalität - das heißt letztendlich zu Krankheit und Behandlungsbedürftigkeit. Es entstehen Retraumatisierungen durch lange und perspektivlose Asylverfahren. Das, was 2017 als „nationale Kraftanstrengung Abschiebung“ angekündigt wurde, produziert in der Konsequenz zahlreiche

rechtlose Individuen. Rechtlos, weil unter anderem der Zugang zur Gesundheitsversorgung minimiert wird.

Für die Mitarbeiter*innen der psychosozialen Dienste bedeutet das, in einem politischen Kontext arbeiten zu müssen, der erfolgreiche Integration und therapeutische Bemühungen wieder zu Nichte macht und zu gefährlichen Rückfällen führt.

Lösungen müssen unseres Erachtens in folgende Richtung gehen:

- Schnelle Änderung der Asylgesetzgebung insbesondere für Menschen, die schon lange hier sind. Auch in der Vergangenheit gab es **Stichtagsregelungen**, mit denen zahlreichen Personen eine Perspektive raus aus Kettenduldungen und prekären Lebensverhältnissen geboten werden konnte.
- Eine **Ausweitung bestehender Bleiberechtsregelungen** – wie die der §§ 25a und 25b im Aufenthaltsgesetz über die Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration. Das heißt vor allem, dass mehr Fallkonstellationen durch solche Aufenthaltstitel erfasst werden und die Erteilungsvoraussetzungen herabgesenkt werden.
- **Beendigung von Abschiebungen bereits integrierter Personen** oder solcher die sich um Integration bemühen. Wer bereits einen Arbeitsplatz hat, darf seine Arbeitserlaubnis nicht verlieren, weil er als vollziehbar ausreisepflichtig angesehen wird.
- Insbesondere müssen **Regelungen** gefunden werden für Menschen, deren Asylersuchen abgelehnt wurde, obwohl sie alle Voraussetzungen **für ein dauerhaftes Bleiberecht nach § 18a AufenthG** erfüllen, aber derzeit keinen Identitätsnachweis erbringen können, da die Auslandsvertretungen nicht funktionieren, was derzeit insbesondere für Afghanistan gilt.

Es geht bei alledem um Personen, die teils seit 2015 in Deutschland sind, aber auch um jene, die neu hier ankommen. Wir wollen verhindern, dass sie denselben Hindernisläufen ausgesetzt werden wie die, die vor ihnen kamen. Uns sind viele Fallbeispiele bekannt und wir bieten unsere Kenntnisse und unseren Sachverstand hierzu an.

Die neue Regierung muss dringend klare Zeichen des Umdenkens setzen und konkretes Handeln einleiten. Die Konsequenz der derzeitigen Asylpolitik ist, dass zahlreiche Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sehenden Auges einem gesundheitlich gefährlichen, aufenthaltsrechtlich unsicheren Zustand überlassen werden.

Deutsche Gesellschaft für

Soziale Psychiatrie e.V. -DGSP-

- Der Vorstand -